

1987**Ausgegeben zu Bonn am 23. Dezember 1987****Nr. 33**

Tag	Inhalt	Seite
17. 11. 87	Bekanntmachung der deutsch-chinesischen Vereinbarung für den Bereich des Justizwesens	806
24. 11. 87	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Burundi über Finanzielle Zusammenarbeit	808
27. 11. 87	Bekanntmachung über Gebührensätze und Tarife für das FS-Streckengebührensysteem nach dem Internationalen Übereinkommen über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“	810
27. 11. 87	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über das Verbot der militärischen oder einer sonstigen feindseligen Nutzung umweltverändernder Techniken (Umweltkriegsübereinkommen)	814
27. 11. 87	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens über Normen für die Ausbildung, die Erteilung von Befähigungszeugnissen und den Wachdienst von Seeleuten	815
27. 11. 87	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Übereinkommens zur Erhaltung der antarktischen Robben	816
27. 11. 87	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-burundischen Investitionsförderungsvertrags	817
27. 11. 87	Bekanntmachung zu dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte	818
30. 11. 87	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über das Zolltarifschema für die Einreihung der Waren in die Zollltarife	819
30. 11. 87	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Internationale Seeschiffahrts-Organisation	820
2. 12. 87	Bekanntmachung zu dem Patentrechtsabkommen	820
7. 12. 87	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens zur Bekämpfung des Terrorismus	821
9. 12. 87	Bekanntmachung über die Änderung des Übereinkommens zur Erhaltung der lebenden Schätze des Südostafrikas	822
—	Abschlußhinweis	828

**Bekanntmachung
der deutsch-chinesischen Vereinbarung
für den Bereich des Justizwesens**

Vom 17. November 1987

In Peking ist am 22. Oktober 1987 eine Vereinbarung zwischen dem Bundesminister der Justiz der Bundesrepublik Deutschland und dem Minister der Justiz der Volksrepublik China über Austausch im Bereich des Justizwesens unterzeichnet worden. Die Vereinbarung ist nach ihrem Abschnitt V.

am 22. Oktober 1987

in Kraft getreten; sie wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 17. November 1987

Der Bundesminister der Justiz
Im Auftrag
Kober

**Vereinbarung
zwischen dem Bundesminister der Justiz
der Bundesrepublik Deutschland
und dem Minister der Justiz der Volksrepublik China
über Austausch im Bereich des Justizwesens**

Der Bundesminister der Justiz der Bundesrepublik Deutschland
und
der Minister der Justiz der Volksrepublik China –

auf der Grundlage der zwischen beiden Staaten bestehenden freundschaftlichen Beziehungen,

im Bemühen, das gegenseitige Verständnis für die Rechtsordnung, die Rechtsvorschriften und die Institutionen im Justizbereich weiter zu verbessern,

in der Überzeugung, daß eine Förderung und Vertiefung des gegenseitigen Rechtsverständnisses einen Beitrag zur Weiterentwicklung der freundschaftlichen Verbindungen leistet –

sind wie folgt übereingekommen:

- I. Die Justizminister beider Staaten werden den gegenseitigen Austausch von Informationen auf dem Gebiet des Rechts mit dem Ziel des besseren Verständnisses der Rechtssysteme des anderen Landes fördern. Sie werden bemüht sein, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß ein solcher Austausch in der nachstehend zu II. beschriebenen Form durchgeführt werden kann. Es besteht Übereinstimmung darüber, daß einzelne Vorhaben im Rahmen des Austauschs auch von anderen Stellen im jeweiligen Hoheitsgebiet zur Durchführung übernommen werden können.

II. Der Austausch kann zum Gegenstand haben:

1. Gegenseitige Besuche von Personen, die eine Tätigkeit ausüben, bei der juristische Kenntnisse erforderlich sind. Zu diesen Personen zählen insbesondere:
 - (1) Hochschullehrer und Studenten der Rechtswissenschaft,
 - (2) sonstige Vertreter der rechtswissenschaftlichen Forschung,
 - (3) Rechtsanwälte, einschließlich der Patentanwälte,
 - (4) Juristen mit Hochschulabschluß aus dem Justizverwaltungsbereich.
2. Die Durchführung von Seminaren über Rechtsvorschriften beider Staaten, insbesondere auf dem Gebiet des Handels- und Wirtschaftsrechts.
3. Die Übermittlung von Informationen und Materialien auf dem Gebiet des Rechts, insbesondere von Dokumentationen über bestehende Rechtsvorschriften und von wichtigen gerichtlichen Entscheidungen.
4. Gespräche führender Persönlichkeiten aus beiden Justizministerien über Möglichkeiten einer Förderung und Verbesserung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Rechts, wobei beide Seiten innerhalb eines zu vereinbarenden Zeitraums eine Überprüfung und Bewertung der Durchführung dieser Vereinbarung vornehmen werden.

- III. Für die Kostenregelung des Austauschs gelten folgende Grundsätze:
1. Die Entsendeseite trägt die internationalen Reisekosten für die Hin- und Rückreise.
 2. Die Empfängerseite trägt während der Dauer des Aufenthalts die Kosten für Verpflegung und Unterkunft, Transportkosten innerhalb des Landes sowie medizinische Kosten in Notfällen.
 3. Der Austausch von Materialien erfolgt kostenlos.
- IV. Diese Vereinbarung gilt im Einklang mit der bestehenden Lage auch für Berlin (West).
- V. Diese Vereinbarung tritt am Tage ihrer Unterzeichnung in Kraft. Sie gilt zunächst für die Dauer von fünf Jahren und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, sofern sie nicht mit einer Frist von drei Monaten von einer der beiden Parteien zum Ablauf dieser Vereinbarung gekündigt wird.
- Die Geltungsdauer von bereits bestehenden gesonderten Vereinbarungen, die auf der Grundlage der vorliegenden Vereinbarung abgeschlossen werden oder solchen, die ebenfalls den Informationsaustausch auf dem Gebiet des Rechts zum Gegenstand haben, bleibt von einem Auslaufen dieser Vereinbarung unberührt.

Geschehen zu Beijing am 22. Oktober 1987 in zwei Urschriften, jede in deutscher und chinesischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Der Bundesminister der Justiz der Bundesrepublik Deutschland
Hans A. Engelhard

Der Minister der Justiz der Volksrepublik China
Zou Yu

**Protokollvermerke
zu der Vereinbarung vom 22. Oktober 1987
zwischen dem Bundesminister der Justiz der Bundesrepublik Deutschland
und dem Minister der Justiz der Volksrepublik China
über Austausch im Bereich des Justizwesens**

Zur Einleitung des Austauschs ist vorgesehen:

1. Im Anschluß an das 1987 in Peking durchgeführte Seminar über das Wirtschaftsrecht der Volksrepublik China und der Bundesrepublik Deutschland findet im Jahre 1988 in der Bundesrepublik Deutschland ein Seminar mit Schwerpunkt auf dem Gebiet des Wirtschaftsrechts statt.
2. Zu noch festzulegenden Terminen entsenden beide Seiten ein bis zwei Hochschullehrer des Fachgebiets Rechtswissenschaft zu Kurzzeitvorlesungen an ein juristisches Institut der Gegenseite.
3. Die deutsche Seite stellt für chinesische Postgraduierte 1987 zwei Jahresstipendien zum Studium der Rechtswissenschaft an einer Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung.

Die chinesische Seite gewährt im Rahmen ihrer Möglichkeiten zwei Jahresstipendien für einen Studienaufenthalt an einer chinesischen Hochschule oder Forschungseinrichtung.

Die Auswahl der Austauschteilnehmer liegt bei den Förderungsträgern. Die vorschlagenden Stellen benennen jeweils mehrere Kandidaten, aus denen eine Auswahl getroffen werden kann.

Geschehen zu Beijing am 22. Oktober 1987 in zwei Urschriften, jede in deutscher und chinesischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Hans A. Engelhard
Bundesminister der Justiz der Bundesrepublik Deutschland

Zou Yu
Minister der Justiz der Volksrepublik China

**Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Burundi
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 24. November 1987

In Bujumbura ist am 9. November 1987 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Burundi über Finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 7

am 9. November 1987

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 24. November 1987

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Zahn

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Burundi
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und

die Regierung der Republik Burundi –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Burundi,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Burundi beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Burundi und/oder anderen von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, Finanzierungsbeiträge bis zu insgesamt 44 Millionen DM (in Worten:

vierundvierzig Millionen Deutsche Mark), und zwar für die Vorhaben

- a) ländliche Infrastruktur Mosso-Buyogoma
- b) 110-KV-Stromleitung Bujumbura-Gitega
- c) Wasserkraftwerk Nyemanga
- d) Wasserversorgung ländlicher Zentren
- e) Brücke über den Ruvubu
- f) sektorbezogenes Programm Wasser und Strom
- g) Studien- und Expertenfonds

wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist, zu erhalten.

(2) Außerdem ermöglicht es die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Republik Burundi, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, zur Finanzierung der Devisenkosten für den Bezug von Waren und Leistungen zur Deckung des laufenden notwendigen zivilen Bedarfs und der im Zusammenhang mit der finanzierten Wareneinfuhr anfallenden Devisen- und Inlandskosten für Transport, Versicherung und Montage, einen Finanzierungsbeitrag bis zu 6 Millionen DM (in Worten: sechs Millionen Deutsche Mark) zu erhalten. Es muß sich hierbei um Lieferungen und Leistungen gemäß der diesem Abkommen als Anlage beigefügten Liste handeln, für die Lieferverträge bzw. Leistungsverträge nach der Unterzeichnung des

nach Artikel 2 zu schließenden Finanzierungsvertrags abgeschlossen worden sind.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Burundi zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung oder für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Vorhaben von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

(4) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Burundi durch andere Vorhaben ersetzt werden.

Artikel 2

Die Verwendung der in Artikel 1 Absätze 1 und 2 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Burundi stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Republik Burundi erhoben werden, frei.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Burundi überläßt bei den sich aus der Gewährung der in Artikel 1 Absätze 1 und 2 genannten Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz im deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für die Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung der in Artikel 1 Absätze 1 und 2 genannten Finanzierungsbeiträge ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

Artikel 6

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Burundi innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 7

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Bujumbura am 9. November 1987 in zwei
Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei
jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
K. Flittner

Für die Regierung der Republik Burundi
Cyprien Mbonimpa

Anlage zum Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Burundi über Finanzielle Zusammenarbeit

1. Liste der Waren und Leistungen, die gemäß Artikel 1 Absatz 2 des Regierungsabkommens vom 9. November 1987 aus dem Finanzierungsbeitrag finanziert werden können:
 - a) industrielle Roh- und Hilfsstoffe sowie Halbfabrikate,
 - b) industrielle Ausrüstungen sowie landwirtschaftliche Maschinen und Geräte,
 - c) Ersatz- und Zubehöerteile aller Art,
 - d) Erzeugnisse der chemischen Industrie, insbesondere Düngemittel, Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel, Arzneimittel,
 - e) sonstige gewerbliche Erzeugnisse, die für die Entwicklung der Republik Burundi von Bedeutung sind,
 - f) Beratungsleistungen, Patente und Lizenzgebühren.
2. Einfuhrgüter, die in dieser Liste nicht enthalten sind, können nur finanziert werden, wenn die vorherige Zustimmung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland dafür vorliegt.
3. Die Einfuhr von Luxusgütern und von Verbrauchsgütern für den privaten Bedarf sowie von Gütern und Anlagen, die militärischen Zwecken dienen, ist von der Finanzierung aus dem Finanzierungsbeitrag ausgeschlossen.

**Bekanntmachung
über Gebührensätze und Tarife für das FS-Streckengebührensyst~~em~~
nach dem Internationalen Übereinkommen über Zusammenarbeit
zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“**

Vom 27. November 1987

Die Ständige Kommission für Flugsicherung, erweitert um die Vertreter der am FS-Streckengebührensyst~~em~~ beteiligten Nichtmitgliedstaaten, hat am 12. November 1987 zum 1. Januar 1988 für den 15. Erhebungszeitraum die Gebührensätze und Transatlantiktarife neu festgelegt. Der Beschluß und seine Anlagen werden hiermit nach Artikel 2 Abs. 1 des Gesetzes vom 2. Februar 1984 zu dem Protokoll vom 12. Februar 1981 zur Änderung des Internationalen Übereinkommens über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“ vom 13. Dezember 1960 und zu der Mehrseitigen Vereinbarung vom 12. Februar 1981 über Flugsicherungs-Streckengebühren (BGBl. 1984 II S. 69) in Verbindung mit § 2 Abs. 2 der Flugsicherungs-Streckengebührenverordnung – FlugSiSGebV vom 14. April 1984 (BGBl. I S. 629), geändert durch die Verordnung vom 10. September 1986 (BGBl. I S. 1524), bekanntgemacht.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 8. Januar 1987 (BGBl. II S. 108).

Bonn, den 27. November 1987

Der Bundesminister für Verkehr
Im Auftrag
Dr. Graumann

Beschluß Nr. 4
zur Festlegung der Gebührensätze und Transatlantiktarife
für den am 1. Januar 1988 beginnenden 15. Erhebungszeitraum

Die Ständige Kommission für Flugsicherung, erweitert um die Vertreter der am FS-Streckengebührensysteem beteiligten Nichtmitgliedstaaten,

gestützt auf das am 12. Februar 1981 in Brüssel geänderte Internationale Übereinkommen über die Zusammenarbeit in der Flugsicherung (EUROCONTROL), insbesondere dessen Artikel 5 Absatz 2,

gestützt auf die Mehrseitige Vereinbarung über Flugsicherungs-Streckengebühren vom 12. Februar 1981, insbesondere deren Artikel 3 Absatz 1 (a) und 2 (e) sowie Artikel 6 Absatz 1 (a),

faßt folgenden Beschluß:

Einziger Artikel

Die in der Anlage zu diesem Beschluß aufgeführten Gebührensätze und Transatlantiktarife für den 15. Erhebungszeitraum treten am 1. Januar 1988 in Kraft.

Geschehen zu Brüssel am 12. November 1987

H. de Croo
 Präsident der Erweiterten Kommission

Gebührensätze (Basissätze) für den 15. Erhebungszeitraum
(ab 1. Januar 1988)

	Nationaler Gebührensatz	Verwaltungs- kostensatz	Gebührensatz
	(1)	(2)	(3) = (1) + (2)
Belgien/Luxemburg	55,76 \$	0,39 \$	56,15 \$
Bundesrepublik Deutschland	47,44 \$		47,83 \$
Frankreich	52,12 \$		52,51 \$
Vereinigtes Königreich	55,95 \$		56,34 \$
Niederlande	52,72 \$		53,11 \$
Irland	41,40 \$		41,79 \$
Schweiz	75,95 \$		76,34 \$
Portugal	37,62 \$		38,01 \$
Österreich	90,93 \$		91,32 \$
Spanien			
– Kontinentalgebiet	36,46 \$		36,85 \$
– Kanarische Inseln	25,91 \$		26,30 \$
Portugal – Santa Maria	11,03 \$		11,42 \$

Angewandter Wechselkurs:

1 US-\$ = 38,294 BF
 = 1,8470 DM
 = 6,1514 FF
 = 0,821163 £ Sterling
 = 0,68951 Ir. £
 = 2,0801 Hfl.
 = 1,5354 FS
 = 144,443 Esc.
 = 12,982 Sch
 = 126,857 Pts.

1 ECU = 1,12384 US-\$

Basistarife 1988
für Flüge gemäß Artikel 8 der Tarife und Anwendungsbedingungen für Luftfahrzeuge
mit dem Gewichtungsfaktor eins (50 metrische Tonnen)

Startflugplatz (oder erster Zielflugplatz) geographische Lage:	Erster Zielflugplatz (oder Startflugplatz)	US-\$
(1)	(2)	(3)
ZONE I – zwischen 14° WL und 110° WL und nördlich von 55° NB ausgenommen Island	Frankfurt London Prestwick	882,57 553,10 289,02
ZONE II – zwischen 30° WL und 110° WL und zwischen 28° und 55° NB	Amsterdam Athinai Belfast Beograd Berlin-Schönefeld Berlin-Tegel Birmingham Bordeaux Bruxelles Cardiff Casablanca Dakar Dublin Düsseldorf Frankfurt Geneva Glasgow Hamburg Helsinki Jeddah København Köln-Bonn Lagos Las Palmas, Gran Canarias Lisboa Ljubljana London Luxemburg Lyon Maastricht Madrid Malaga Manchester Manston Marseille Milano Monrovia Moskva München Newcastle Nice Oslo Paris Pisa Ponta Delgada, Acores Porto Praha Prestwick Riyadh Roma Sal I., Cabo Verde Santa Maria, Acores Santiago, España	601,23 907,25 158,28 1173,60 627,54 845,78 382,71 446,26 635,89 362,11 338,36 155,32 211,17 732,30 780,89 693,42 198,94 713,13 321,14 909,89 521,36 729,01 141,03 365,06 378,69 1142,49 433,56 740,92 699,58 717,34 432,88 562,30 337,66 516,51 727,76 772,78 147,89 463,40 904,13 308,68 713,58 368,54 534,85 755,76 148,69 248,59 912,71 198,94 1147,16 830,70 137,73 159,08 227,96

Startflugplatz (oder erster Zielflugplatz) geographische Lage:	Erster Zielflugplatz (oder Startflugplatz)	US-\$
(1)	(2)	(3)
	Shannon Sicilia I., Italia Stockholm Stuttgart Tel-Aviv Tenerife Torino Venezia Warszawa Wien Zagreb Zürich	158,80 851,53 333,53 827,11 1069,33 340,57 887,93 946,76 449,95 1179,59 1173,60 783,72
ZONE III – westlich von 110° WL und zwischen 28° NB und 55° NB	Amsterdam Bruxelles Düsseldorf Frankfurt London Luxemburg Madrid Manchester Milano Paris Prestwick Shannon Zürich	639,12 671,91 730,38 815,90 535,46 815,44 346,70 414,99 927,79 643,74 258,04 151,28 948,24
ZONE IV – westlich von 30° WL und zwischen Äquator und 28° NB	Amsterdam Berlin-Schönefeld Bordeaux Bruxelles Düsseldorf Frankfurt Köln-Bonn Las Palmas, Gran Canarias Lisboa London Madrid Marseille Milano Paris Porto Porto Santo, Madeira Praha Sal I., Cabo Verde Santa Maria, Acores Santiago, España Shannon Tenerife Zürich	769,97 650,15 744,90 639,77 734,03 813,16 691,83 405,97 516,81 470,42 642,62 978,67 988,52 705,67 511,85 320,36 873,73 115,91 209,33 488,76 172,96 395,67 918,38

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über das Verbot der militärischen oder einer sonstigen feindseligen Nutzung
umweltverändernder Techniken
(Umweltkriegsübereinkommen)**

Vom 27. November 1987

Das Übereinkommen vom 18. Mai 1977 über das Verbot der militärischen oder einer sonstigen feindseligen Nutzung umweltverändernder Techniken (Umweltkriegsübereinkommen) – BGBl. 1983 II S. 125 – ist nach seinem Artikel IX Abs. 4 für folgenden weiteren Staat in Kraft getreten:

Argentinien
nach Maßgabe

am 20. März 1987

a) folgender Auslegungserklärung:

(Übersetzung)

(Traduction) (Original: espagnol)

La République d'Argentine interprète l'expression «effets étendus, durables ou graves» figurant au paragraphe 1 de l'article premier de la Convention selon les définitions convenues dans la disposition interprétative concernant ledit article. De même, la République d'Argentine interprète les articles II, III et VIII selon les dispositions interprétatives concernant lesdits articles.

(Übersetzung) (Original: Spanisch)

Die Argentinische Republik legt den Begriff „weiträumige, lange andauernde oder schwerwiegende Auswirkungen“ in Artikel I Absatz 1 des Übereinkommens im Einklang mit den in der Auslegungsbestimmung zu dem genannten Artikel vereinbarten Begriffsbestimmungen aus. Ebenso legt die Argentinische Republik die Artikel II, III und VIII im Einklang mit den Auslegungsbestimmungen zu den genannten Artikeln aus.

b) folgender ergänzender Erläuterungen des Verwahrers hierzu:

(Übersetzung)

Le Gouvernement argentin a précisé que la déclaration interprétative figurant dans son instrument se réfère aux Accords interprétatifs adoptés dans le rapport de la Conférence du Comité du désarmement à la trente et unième session de l'Assemblée générale, publié sous la cote A/31/27.

Die argentinische Regierung hat näher ausgeführt, daß sich die Auslegungserklärung in ihrer Urkunde auf die Auslegungsvereinbarungen bezieht, die in dem unter dem Aktenzeichen A/31/27 veröffentlichten Bericht der Konferenz des Abrüstungsausschusses an die einunddreißigste Tagung der Generalversammlung angenommen wurden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 13. Mai 1987 (BGBl. II S. 302).

Bonn, den 27. November 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens
über Normen für die Ausbildung, die Erteilung von Befähigungszeugnissen
und den Wachdienst von Seeleuten**

Vom 27. November 1987

Das Internationale Übereinkommen vom 7. Juli 1978 über Normen für die Ausbildung, die Erteilung von Befähigungszeugnissen und den Wachdienst von Seeleuten (BGBl. 1982 II S. 297) ist nach seinem Artikel XIV Abs. 4 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Chile

am 9. September 1987

nach Maßgabe des folgenden, bei Hinterlegung
der Beitrittsurkunde gemachten Vorbehalts:

(Übersetzung)

„... formulando expresa reserva respecto de lo que disponen los apartados vii y ix de la letra a) del número 1 del artículo XII, en el sentido de que las enmiendas al Anexo no obligarán a Chile mientras no se cumpla con el procedimiento interno de aprobación de los Tratados que establece la Constitución Política de la República.“

„... wobei sie [die Regierung der Republik Chile] einen ausdrücklichen Vorbehalt zu Artikel XII Absatz 1 Buchstabe a Ziffern vii und ix dahingehend anbringt, daß Änderungen der Anlage für Chile nicht verbindlich sind, solange das in der Verfassung der Republik vorgesehene innerstaatliche Verfahren zur Genehmigung von Verträgen nicht abgeschlossen ist.“

Italien

am 26. November 1987

Kiribati

am 5. November 1987

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 29. September 1987 (BGBl. II S. 623).

Bonn, den 27. November 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Übereinkommens
zur Erhaltung der antarktischen Robben**

Vom 27. November 1987

Nach Artikel 7 Abs. 2 des Gesetzes vom 27. Januar 1987 zu dem Übereinkommen vom 1. Juni 1972 zur Erhaltung der antarktischen Robben (BGBl. 1987 II S. 90) wird hiermit bekanntgemacht, daß das Übereinkommen nach seinem Artikel 13 Abs. 2 für die

Bundesrepublik Deutschland

am 30. Oktober 1987

in Kraft getreten ist; die Beitrittsurkunde ist am 30. September 1987 bei der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland hinterlegt worden.

Die Bundesrepublik Deutschland hat bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde die folgende Erklärung abgegeben:

„Herr Minister,

ich beehre mich, im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland im Zusammenhang mit der heutigen Hinterlegung der Beitrittsurkunde zu dem Übereinkommen vom 1. Juni 1972 zur Erhaltung der antarktischen Robben zu erklären, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland davon ausgeht, daß durch die zu Artikel 1 dieses Übereinkommens abgegebenen Erklärungen die Bestimmungen des Artikels IV des Antarktis-Vertrags für den Bereich südlich von 60° südlicher Breite in keiner Weise eingeschränkt oder sonst abgeändert werden.“

Das Übereinkommen ist ferner für folgende Staaten in Kraft getreten:

Argentinien

am 6. April 1978

nach Maßgabe der folgenden, bei Hinterlegung
der Ratifikationsurkunde abgegebenen Erklärung:

(Übersetzung)

„La República Argentina deja constancia de que la mención del Artículo IV del Tratado Antártico contenida en el Artículo 1 de la Convención para la Conservación de Focas Antárticas significa que nada de lo establecido en dicha Convención afecta o menoscaba sus derechos de soberanía y jurisdicción marítima y su posición jurídica en esta materia.“

„Die Argentinische Republik erklärt, daß die Erwähnung des Artikels IV des Antarktis-Vertrags in Artikel 1 des Übereinkommens zur Erhaltung der antarktischen Robben bedeutet, daß das genannte Übereinkommen ihre Hoheitsrechte und Hoheitsbefugnisse auf See sowie ihren Rechtsstandpunkt in dieser Angelegenheit nicht berührt oder beeinträchtigt.“

Australien

am

31. Juli 1987

Belgien

am

11. März 1978

Chile

am

8. März 1980

nach Maßgabe der folgenden, bei Hinterlegung
der Ratifikationsurkunde abgegebenen Erklärung:

(Übersetzung)

„... con la reserva de que la mención al Artículo IV del Tratado Antártico hecha en el Artículo 1° significa que nada de lo establecido en ella afecta o menoscaba los derechos de las partes contratantes respecto a sus jurisdicciones territoriales, terrestres o marítimas, y de la posición jurídica que hubieren proclamado en estas materias...“

„... mit dem Vorbehalt, daß die Bezugnahme auf Artikel IV des Antarktis-Vertrags in Artikel 1 bedeutet, daß dadurch die Rechte der Vertragsparteien im Hinblick auf ihre Hoheitsbefugnisse zu Lande und auf See und ihren erklärten Rechtsstandpunkt in dieser Angelegenheit nicht berührt oder beeinträchtigt werden...“

Frankreich

am

11. März 1978

Japan

am

27. September 1980

Norwegen

am

11. März 1978

Polen	am 14. September 1980
Sowjetunion	am 11. März 1978
Südafrika	am 11. März 1978
Vereinigte Staaten	am 11. März 1978
Vereinigtes Königreich	am 11. März 1978

(für das Vereinigte Königreich,
die Kanalinseln und die Insel Man)

Unter Bezugnahme auf die Erklärung Argentiniens hat die Sowjetunion der Verwalterregierung mit Note vom 18. Juli 1978 eine Erklärung notifiziert, deren Wortlaut nachstehend auszugsweise in deutscher Übersetzung wiedergegeben wird:

(Übersetzung)

„...“

Bekanntlich hat die Regierung der Sowjetunion bereits mehrmals erklärt, daß sie die von einigen Staaten in der Antarktis geltend gemachten Gebietsansprüche nicht anerkennt.

Ebenso möchte die Botschaft [der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken] darauf hinweisen, daß die in der oben genannten Erklärung enthaltene Bezugnahme auf die Hoheitsbefugnisse Argentiniens auf See im Anwendungsbereich des Antarktis-Vertrags von 1959 im Widerspruch zu Artikel IV Absatz 2 des genannten Vertrags steht, wonach, solange der Vertrag in Kraft ist, keine Erweiterungen bestehender Ansprüche auf Gebietshoheit in der Antarktis geltend gemacht werden.

...“

Bonn, den 27. November 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-burundischen Investitionsförderungsvertrags
Vom 27. November 1987**

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 7. November 1985 zu dem Vertrag vom 10. September 1984 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Burundi über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen (BGBl. 1985 II S. 1162) wird bekanntgemacht, daß der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 sowie das dazugehörige Protokoll vom selben Tag

am 9. Dezember 1987

in Kraft treten wird.

Die Ratifikationsurkunden sind am 9. November 1987 in Bujumbura ausgetauscht worden.

Bonn, den 27. November 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
zu dem Internationalen Pakt
über bürgerliche und politische Rechte**

Vom 27. November 1987

Belgien hat gegenüber dem Generalsekretär der Vereinten Nationen folgende Erklärungen nach Artikel 41 des Internationalen Paktes vom 19. Dezember 1966 über bürgerliche und politische Rechte (BGBl. 1973 II S. 1533) abgegeben:

a) am 5. März 1987:

(Übersetzung)

«Le Royaume de Belgique déclare reconnaître la compétence du Comité des droits de l'homme en vertu de l'article 41 du Pacte international relatif aux droits civils et politiques.»

„Das Königreich Belgien erklärt, daß es die Zuständigkeit des Ausschusses für Menschenrechte nach Artikel 41 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte anerkennt.“

b) am 18. Juni 1987:

(Übersetzung)

«Le Royaume de Belgique déclare, en vertu de l'article 41 du Pacte international relatif aux droits civils et politiques, qu'il reconnaît la compétence du Comité des droits de l'homme, institué par l'article 28 du Pacte, pour recevoir et examiner des communications présentées par un autre Etat partie, sous réserve que ledit Etat partie ait, douze mois au moins avant la présentation par lui d'une communication concernant la Belgique, fait une déclaration en vertu de l'article 41 reconnaissant la compétence du Comité pour recevoir et examiner des communications le concernant».

„Das Königreich Belgien erklärt aufgrund des Artikels 41 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte, daß es die Zuständigkeit des nach Artikel 28 des Paktes errichteten Ausschusses für Menschenrechte zur Entgegennahme und Prüfung von Mitteilungen eines anderen Vertragsstaats unter dem Vorbehalt anerkennt, daß der betreffende Vertragsstaat mindestens zwölf Monate vor Einreichung einer Mitteilung betreffend Belgien eine Erklärung aufgrund des Artikels 41 abgegeben hat, in der er die Zuständigkeit des Ausschusses zur Entgegennahme und Prüfung von ihm betreffenden Mitteilungen anerkennt.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 20. November 1979 (BGBl. II S. 1218), vom 1. April 1987 (BGBl. II S. 241) und vom 24. Juli 1987 (BGBl. II S. 433).

Bonn, den 27. November 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Abkommens
über das Zolltarifschema
für die Einreihung der Waren in die Zolltarife
Vom 30. November 1987**

Das Abkommen vom 15. Dezember 1950 über das Zolltarifschema für die Einreihung der Waren in die Zolltarife in der Fassung des Berichtigungsprotokolls vom 1. Juli 1955 (BGBl. 1952 II S. 1; 1960 II S. 470), geändert durch Empfehlung des Rates vom 16. Juni 1960 (BGBl. 1964 II S. 1234), nebst Anlage – das Zolltarifschema, zuletzt geändert durch Empfehlung des Rates vom 18. Juni 1976 (BGBl. 1978 II S. 1331) – ist von Australien am 16. Oktober 1987, von Finnland am 29. September 1987, von Österreich am 30. September 1987 und von Simbabwe am 26. Oktober 1987 gekündigt worden; es wird somit nach seinem Artikel XIV Buchstabe a für

Australien	am	16. Oktober 1988
Finnland	am	29. September 1988
Österreich	am	30. September 1988
Simbabwe	am	26. Oktober 1988

außer Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 17. Juli 1987 (BGBl. II S. 410).

Bonn, den 30. November 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Internationale Seeschifffahrts-Organisation**

Vom 30. November 1987

Das Übereinkommen vom 6. März 1948 über die Internationale Seeschifffahrts-Organisation in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Januar 1986 (BGBl. II S. 423) ist nach seinem Artikel 5 in Verbindung mit Artikel 71 für folgenden weiteren Staat in Kraft getreten:

Bolivien am 6. Juli 1987

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 13. Januar 1987 (BGBl. II S. 87).

Bonn, den 30. November 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
zu dem Patentrechtsabkommen**

Vom 2. Dezember 1987

Unter Bezugnahme auf den bei Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde zu dem Vertrag vom 19. Juni 1970 über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentrechts – Patentrechtsabkommen – (BGBl. 1976 II S. 649, 664; 1984 II S. 799, 975) gemachten Vorbehalt zu Kapitel II dieses Vertrages hat Japan dem Generaldirektor der Weltorganisation für geistiges Eigentum am 8. September 1987 notifiziert, daß es diesen Vorbehalt zurücknimmt; nach Artikel 64 Abs. 6 Buchstabe b des Vertrages wird die Rücknahme dieses Vorbehalts am 8. Dezember 1987 wirksam.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 3. November 1978 (BGBl. II S. 1365) und vom 23. Juni 1987 (BGBl. II S. 382).

Bonn, den 2. Dezember 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Kroneck

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens
zur Bekämpfung des Terrorismus**

Vom 7. Dezember 1987

Das Europäische Übereinkommen vom 27. Januar 1977 zur Bekämpfung des Terrorismus (BGBl. 1978 II S. 321) wird nach seinem Artikel 11 Abs. 3 für

Frankreich

am 22. Dezember 1987

in Kraft treten.

Frankreich hat bei Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde den folgenden Vorbehalt gemacht und die nachstehenden Erklärungen abgegeben:

(Übersetzung)

«Réserve

Le Gouvernement de la République française déclare qu'il se réserve le droit de refuser l'extradition en conformité avec les dispositions de l'article 13, paragraphe 1, de la Convention.

Déclarations

1. La France entend rappeler, conformément à la déclaration qu'elle avait faite lors de la signature de la Convention, le 27 janvier 1977, que la lutte à mener contre le terrorisme doit se concilier avec le respect des principes fondamentaux de notre Droit pénal et de notre Constitution, laquelle proclame dans son préambule que «tout homme persécuté en raison de son action en faveur de la liberté a droit d'asile sur les territoires de la République» et que l'application de la Convention européenne pour la répression du terrorisme ne saurait avoir pour résultat de porter atteinte au droit d'asile.
2. Le Gouvernement de la République française déclare qu'il n'appliquera la Convention européenne pour la répression du terrorisme qu'aux infractions commises postérieurement à la date de son entrée en vigueur.
3. Conformément à l'article 12.1 de la Convention, le Gouvernement de la République française déclare que la Convention européenne pour la répression du terrorisme s'applique aux Départements européens et d'outre-mer de la République française.»

„Vorbehalt

Die Regierung der Französischen Republik erklärt, daß sie sich das Recht vorbehält, die Auslieferung nach Maßgabe des Artikels 13 Absatz 1 des Übereinkommens abzulehnen.

Erklärungen

1. Frankreich möchte in Übereinstimmung mit der Erklärung, die es am 27. Januar 1977 bei der Unterzeichnung des Übereinkommens abgegeben hat, daran erinnern, daß der Kampf gegen den Terrorismus mit der Beachtung der Grundprinzipien unseres Strafrechts und unserer Verfassung im Einklang stehen muß, die in der Präambel verkündet, daß „jeder, der wegen seines Eintretens für die Freiheit verfolgt wird, in den Hoheitsgebieten der Republik Asylrecht hat“, und daß die Anwendung des Europäischen Übereinkommens zur Bekämpfung des Terrorismus nicht dazu führen darf, daß das Asylrecht eingeschränkt wird.
2. Die Regierung der Französischen Republik erklärt, daß sie das Europäische Übereinkommen zur Bekämpfung des Terrorismus nur auf Straftaten anwenden wird, die nach dem Tag seines Inkrafttretens begangen wurden.
3. Nach Artikel 12 Absatz 1 des Übereinkommens erklärt die Regierung der Französischen Republik, daß das Europäische Übereinkommen zur Bekämpfung des Terrorismus auf die europäischen Departements und die Übersee-Departements der Französischen Republik Anwendung findet.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 7. Mai 1986 (BGBl. II S. 673).

Bonn, den 7. Dezember 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Kroneck

**Bekanntmachung
über die Änderung des Übereinkommens
zur Erhaltung der lebenden Schätze des Südostatlantiks**

Vom 9. Dezember 1987

Auf Grund des Übereinkommens vom 23. Oktober 1969 zur Erhaltung der lebenden Schätze des Südostatlantiks (BGBl. 1976 II S. 1542) fand vom 26. November bis zum 12. Dezember 1985 in Tarragona die 8. Ordentliche Konferenz der Internationalen Südostatlantischen Fischereikommission (ICSEAF) statt. Während der Konferenz sind Änderungen des vorgenannten Übereinkommens vorgeschlagen worden, die nachstehend veröffentlicht werden.

Die Annahmeerklärung der Bundesrepublik Deutschland zu diesen Änderungen ist am 12. November 1987 bei der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) in Rom als Depositär des Übereinkommens hinterlegt worden. Die Änderungen werden nach Artikel XIX Abs. 1 des Übereinkommens am 90. Tag nach der Hinterlegung der Annahmeerklärungen von dreiviertel der vertragschließenden Staaten in Kraft treten.

Der Tag des Inkrafttretens sowie der Tag, an dem das Übereinkommen in seiner geänderten Fassung für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft in Kraft tritt und damit für die Bundesrepublik Deutschland, die Französische Republik, die Italienische Republik, die Portugiesische Republik und das Königreich Spanien außer Kraft tritt, wird im Bundesgesetzblatt bekanntgegeben.

Bonn, den 9. Dezember 1987

Der Bundesminister
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Im Auftrag
Dr. Gottsmann

Änderung der Artikel VIII, XVII, XIX und XXI
des Übereinkommens zur Erhaltung der lebenden Schätze des Südostatlantiks

Amendment for Articles VIII, XVII, XIX and XXI
of the Convention on the Conservation of the Living Resources of the Southeast Atlantic

Amendement des articles VIII, XVII, XIX et XXI
de la Convention sur la conservation
des ressources biologiques de l'Atlantique sud-est

Enmienda a los Artículos VIII, XVII, XIX y XXI
del Convenio sobre la conservación de los recursos vivos
del Atlántico sudoriental

Article VIII

Paragraphs 1 and 2 unchanged.

3. (a) If the Commission makes a recommendation under paragraph 2 (g) of this Article, it may invite the Contracting Parties concerned, as determined by the Commission, to elaborate agreements on the allocation of a total catch quota taking into account the fishing interests of all the Contracting Parties concerned and ensuring, as far as possible, that all the Contracting Parties concerned abide by the Commission's recommendation for a total catch quota and by any agreed allocation.

Rest unchanged.

Article XVII

1. This Convention shall be open for signature by the Government of any State represented at the Conference which adopted the Convention, or by the Government of any other State which is a Member of the United Nations or of any specialized agency of the United Nations.

2. Signature of this Convention shall be subject to ratification, acceptance or approval.

3. Once this Convention has entered into force, any State referred to in paragraph 1 of this Article which has not signed the Convention or any other State unanimously invited by the Commission to become a party to the Convention may adhere to it.

4. This Convention shall be open for signature or adherence by any organization for regional economic integration constituted by States that have transferred to it competence over the matters governed by this Convention, including the competence to enter into treaties in respect of those matters.

5. Upon the deposit of its instrument of formal confirmation or adherence, any organization referred to in paragraph 4 shall be a Contracting Party having the same rights and obligations in respect of the provisions of the Convention as the other Contracting Parties.

6. When an organization referred to in paragraph 4 becomes a Contracting Party to this Convention, the member States of that organization and those which adhere to it in the future shall cease to be Parties to the Convention; they shall transmit written notification to this effect to the Director-General of the Food and Agriculture Organization of the United Nations.

7. Instruments of ratification, acceptance, approval or adherence shall be deposited with the Director-General of the Food and Agriculture Organization of the United Nations, hereinafter referred to as the "Depositary".

8. Ratification, acceptance, approval or adherence may not be made subject to any reservation.

Article XIX

Paragraph 1 unchanged.

2. Any State or organization for regional economic integration which becomes a Contracting Party after an amendment to this Convention has been proposed for acceptance pursuant to the provisions of this Article shall be bound by the Convention as amended when the said amendment comes into force.

Article VIII

Paragraphes 1 et 2 inchangés.

3. a) Si la Commission formule une recommandation en vertu des dispositions du paragraphe 2 g) du présent article, elle peut inviter les Parties contractantes intéressées qu'elle désigne à élaborer des accords sur la répartition d'un quota total des prises, en tenant compte des intérêts halieutiques de toutes les Parties contractantes intéressées et en s'assurant, dans la mesure du possible, que toutes ces Parties contractantes se conforment à la recommandation relative au quota total des prises et à tout accord portant sur sa répartition.

Reste inchangé.

Article XVII

1. La présente Convention est ouverte à la signature du Gouvernement du tout Etat représenté à la Conférence qui a adopté la Convention ou du Gouvernement de tout Etat Membre de l'Organisation des Nations Unies ou de l'une quelconque des institutions spécialisées de cette Organisation.

2. La signature de la présente Convention sera sujette à ratification, acceptation ou approbation.

3. Après l'entrée en vigueur de la présente Convention, tout Etat visé au paragraphe 1 du présent article et qui n'aura pas signé la Convention, ou tout autre Etat que la Commission invitera à l'unanimité à devenir Partie à la Convention, pourra y adhérer.

4. La présente Convention est ouverte à la signature ou à l'adhésion de toute organisation d'intégration économique régionale constituée d'Etats qui lui ont transféré compétence pour les matières dont traite la Convention, y compris la compétence pour conclure des traités sur ces matières.

5. Dès le dépôt des instruments de confirmation formelle ou d'adhésion, toute organisation visée au paragraphe 4 sera Partie contractante ayant les mêmes droits et obligations en vertu des dispositions de la Convention que les autres Parties contractantes.

6. Dès qu'une organisation visée au paragraphe 4 devient Partie contractante à la présente Convention, les Etats Membres de cette organisation et ceux qui viendraient à y adhérer cessent d'être Parties à la Convention; ils adressent, à cet effet, une notification écrite au Directeur général de l'Organisation des Nations Unies pour l'alimentation et l'agriculture.

7. Les instruments de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion seront déposés auprès du Directeur général de l'Organisation des Nations Unies pour l'alimentation et l'agriculture, ci-après dénommé «le dépositaire».

8. La ratification, l'acceptation, l'approbation ou l'adhésion ne peuvent faire l'objet d'aucune réserve.

Article XIX

Paragraphe 1 inchangé.

2. Tout Etat ou toute organisation d'intégration économique régionale qui devient Partie contractante après qu'un amendement à la présente Convention ait été proposé à l'acceptation conformément aux dispositions du présent article, est lié par la Convention modifiée par l'amendement en question dès que celui-ci prend effet.

(Übersetzung)

Artículo VIII

Párrafos 1 y 2, sin cambios.

3. a) Si la Comisión formulara una recomendación conforme a lo establecido en el párrafo 2 (g) de este Artículo, podrá pedir a las Partes Contratantes afectadas, según ella misma lo determine, que concierten acuerdos relativos a la distribución del cupo de la captura total, teniendo en cuenta los intereses pesqueros de todas las Partes Contratantes afectadas y asegurando, en lo posible, que todas las Partes Contratantes afectadas apliquen la recomendación de la Comisión respecto al cupo de la captura total y la distribución que hubiese sido acordada.

Resto sin cambios.

Artículo XVII

1. El presente Convenio quedará abierto a la firma del Gobierno de cualquier Estado representado en la Conferencia que lo hubiera aprobado, o del Gobierno de cualquier otro Estado que sea miembro de las Naciones Unidas o de cualquiera de sus organismos especializados.

2. La firma de este Convenio quedará sujeta a la ratificación, aceptación o aprobación.

3. Una vez que el presente Convenio haya entrado en vigor, podrá adherirse a él cualquiera de los Estados indicados en el párrafo 1 de este Artículo que no hubiese firmado el Convenio, o cualquier otro Estado al que la Comisión invite por unanimidad a formar parte del Convenio.

4. El presente Convenio está abierto a la firma o adhesión de cualquier organización de integración económica regional constituida por Estados que le hayan transferido competencia en las materias de que trata el Convenio, incluida la competencia para celebrar tratados sobre tales materias.

5. Tan pronto como deposite su instrumento de confirmación oficial o adhesión, cualquier organización a la cual se refiere el párrafo 4 será Parte Contratante con los mismos derechos y obligaciones, en virtud de lo dispuesto en el Convenio, que las demás Partes Contratantes.

6. Tan pronto como las organizaciones a las que se refiere el párrafo 4 se conviertan en Partes Contratantes del presente Convenio, todos los Estados miembros actuales de estas organizaciones y los que se adhieran en el futuro dejarán de ser Parte en tal Convenio. Estos Estados comunicarán por escrito su retirada del Convenio al Director General de la Organización de las Naciones Unidas para la Alimentación y la Agricultura.

7. Los instrumentos de ratificación, aceptación, aprobación o adhesión se depositarán ante el Director General de la Organización de las Naciones Unidas para la Agricultura y la Alimentación denominado en adelante el "Depositario".

8. Las ratificaciones, aceptaciones, aprobaciones o adhesiones no podrán estar sujetas a reserva alguna.

Artículo XIX

Párrafo 1, sin cambios.

2. Todo Estado u organización de integración económica regional que llegue a ser Parte Contratante después que una enmienda al presente Convenio haya sido propuesta para aceptación de conformidad con las disposiciones de este Artículo, quedará obligado por el Convenio, tal como haya sido modificado, cuando la enmienda entre en vigor.

Artikel VIII

Die Absätze 1 und 2 bleiben unverändert.

(3) a) Gibt die Kommission eine Empfehlung nach Absatz 2 Buchstabe g ab, so kann sie die betreffenden von ihr selbst bestimmten Vertragsparteien auffordern, Übereinkünfte über die Zuteilung eines Anteils am Gesamtfang auszuarbeiten, wobei die Fischereiinteressen aller betroffenen Vertragsparteien zu berücksichtigen sind und nach Möglichkeit sichergestellt wird, daß alle diese Vertragsparteien sich an die Empfehlung der Kommission betreffend einen Anteil am Gesamtfang und an jede Übereinkunft über die Zuteilung desselben halten.

Der übrige Wortlaut bleibt unverändert.

Artikel XVII

(1) Dieses Übereinkommen liegt für die Regierung jedes auf der Konferenz vertretenen Staates, der das Übereinkommen angenommen hat, und für die Regierung jedes anderen Staates, der Mitglied der Vereinten Nationen oder einer ihrer Sonderorganisationen ist, zur Unterzeichnung auf.

(2) Die Unterzeichnung dieses Übereinkommens erfolgt vorbehaltlich der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung.

(3) Nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens kann jeder in Absatz 1 bezeichnete Staat, der es nicht unterzeichnet hat, und jeder andere Staat, den die Kommission einstimmig eingeladen hat, Vertragspartei des Übereinkommens zu werden, diesem beitreten.

(4) Dieses Übereinkommen liegt für jede Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration zur Unterzeichnung oder zum Beitritt auf, die sich aus Staaten zusammensetzt, die ihr in den Bereichen, die von dem Übereinkommen erfaßt sind, Zuständigkeit übertragen haben, einschließlich der Zuständigkeit, Verträge in bezug auf diese Bereiche zu schließen.

(5) Mit Hinterlegung ihrer Urkunde der förmlichen Bestätigung oder ihrer Beitrittsurkunde ist jede in Absatz 4 bezeichnete Organisation Vertragspartei mit denselben Rechten und Pflichten hinsichtlich der Bestimmungen des Übereinkommens wie die anderen Vertragsparteien.

(6) Sobald eine in Absatz 4 bezeichnete Organisation Vertragspartei dieses Übereinkommens wird, hören die Mitgliedstaaten dieser Organisation und diejenigen, die ihr in Zukunft beitreten, auf, Vertragsparteien des Übereinkommens zu sein; sie übermitteln dem Generalsekretär der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen eine diesbezügliche schriftliche Notifikation.

(7) Die Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden werden beim Generalsekretär der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, im folgenden als „Verwahrer“ bezeichnet, hinterlegt.

(8) Bei der Ratifikation, der Annahme, der Genehmigung oder dem Beitritt darf kein Vorbehalt gemacht werden.

Artikel XIX

Absatz 1 bleibt unverändert.

(2) Für jeden Staat oder für jede Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration, die Vertragspartei werden, nachdem eine Änderung dieses Übereinkommens nach diesem Artikel zur Annahme vorgeschlagen worden ist, wird das Übereinkommen in seiner geänderten Fassung verbindlich, sobald diese Änderung in Kraft tritt.

Article XXI

1. The Depositary shall inform the Governments of the States referred to in paragraphs 1 and 3 of Article XVII and the organizations referred to in paragraph 4 thereof:

- (a) of the signature of this Convention and of the deposit of instruments of ratification, acceptance, approval or adherence in accordance with Article XVII;
- (b) of the date on which the Convention will come into force in accordance with paragraph 1 of Article XVIII.

2. The Depositary shall inform all Contracting Parties:

- (a) of proposals for the amendment of the Convention, notification of acceptance of such amendments and the entry into force of amendments, in accordance with Article XIX;
- (b) of notification of withdrawal made in accordance with Article XX.

3. The original of this Convention shall be deposited with the Depositary who shall send certified copies thereof to the Governments of the States and organizations for regional economic integration eligible to become parties to this Convention in accordance with Article XVII.

Article XXI

1. Le dépositaire notifie aux Gouvernements des Etats visés aux paragraphes 1 et 3 de l'article XVII et aux organisations visées au paragraphe 4 du même article:

- a) la signature de la présente Convention et le dépôt des instruments de ratification, d'approbation, d'acceptation ou d'adhésion, conformément aux dispositions de l'article XVII;
- b) la date à laquelle la Convention entrera en vigueur, conformément aux dispositions du paragraphe 1 de l'article XVIII.

2. Le dépositaire communique à toutes les Parties contractantes:

- a) les propositions d'amendement à la Convention, la notification de l'acceptation de ces amendements et de l'entrée en vigueur de ceux-ci, conformément aux dispositions de l'article XIX;
- b) Les notifications de dénonciation faites conformément aux dispositions de l'article XX.

3. L'original de la présente Convention est déposé auprès du dépositaire, qui en fait tenir copie certifiée conforme aux Gouvernements des Etats et aux organisations d'intégration économique régionale qui peuvent devenir Parties à la Convention en vertu des dispositions de l'article XVII.

Artículo XXI

1. El Depositario informará a los Gobiernos de los Estados indicados en los párrafos 1 y 3 del Artículo XVII y a las organizaciones a que se refiere el párrafo 4 de dicho artículo:

- a) de la firma del presente Convenio y del depósito de los instrumentos de ratificación, aceptación, aprobación o adhesión, de conformidad con el Artículo XVII;
- b) de la fecha en que el Convenio entrará en vigor de acuerdo con el párrafo 1 del Artículo XVIII.

2. El Depositario informará a todas las Partes Contratantes:

- a) de las propuestas de enmiendas al Convenio, de la notificación de aceptación de tales enmiendas y de la entrada en vigor de las enmiendas, de acuerdo con el Artículo XIX;

- b) de la notificación de retirada efectuada de acuerdo con el Artículo XX.

3. El texto original del presente Convenio lo conservará el Depositario, quien enviará copias certificadas a todos los Gobiernos de los Estados y organizaciones de integración económica regional que tengan derecho a formar parte del presente Convenio de acuerdo con el Artículo XVII.

Artikel XXI

(1) Der Verwahrer notifiziert den Regierungen der in Artikel XVII Absätze 1 und 3 bezeichneten Staaten sowie den in Artikel XVII Absatz 4 bezeichneten Organisationen

- a) die Unterzeichnung dieses Übereinkommens und die Hinterlegung von Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden nach Artikel XVII;
- b) den Zeitpunkt, an dem das Übereinkommen nach Artikel XVIII Absatz 1 in Kraft tritt.

(2) Der Verwahrer unterrichtet alle Vertragsparteien

- a) über Vorschläge zur Änderung des Übereinkommens, die Notifikation der Annahme dieser Änderungen und deren Inkrafttreten nach Artikel XIX;

- b) über die Notifikation der Kündigung nach Artikel XX.

(3) Die Urschrift dieses Übereinkommens wird beim Verwahrer hinterlegt; dieser übermittelt den Regierungen der Staaten und den Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration, die nach Artikel XVII Vertragsparteien des Übereinkommens werden können, beglaubigte Abschriften.

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze, Verordnungen und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolttarifvorschriften.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 3 82 08 - 0.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 62,80 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,97 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1987 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 4,74 DM (3,94 DM zuzüglich 0,80 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 5,54 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1996 A · Gebühr bezahlt

Hinweis

Der **Jahrgang 1987 des Bundesgesetzblattes Teil II** umfaßt die Ausgaben Nr. 1 bis 33 und endet mit der Seite 828.

Als Anlagebände*) zum Bundesgesetzblatt Teil II wurden ausgegeben:

- zur Ausgabe Nr. 1 vom 7. Januar 1987
Anlage zur Ersten Verordnung vom 22. Dezember 1986 zur Änderung der Ordnung für die internationale Eisenbahnbeförderung gefährlicher Güter (RID)
- zur Ausgabe Nr. 13 vom 12. Juni 1987
Anhänge 1 und 2 zu der Verordnung vom 1. Juni 1987 über die Inkraftsetzung der Korrektur 1 zur Änderung 01 und der Änderung 02 der Regelung Nr. 44 nach dem Übereinkommen vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung
- zur Ausgabe Nr. 22 vom 4. September 1987
Anlage zur 7. ADR-Änderungsverordnung vom 24. August 1987
- zur Ausgabe Nr. 32 vom 8. Dezember 1987
Anlage zur 2. RID-Änderungsverordnung vom 30. November 1987

*) Innerhalb des Abonnements werden die Anlagebände auf Anforderung kostenlos geliefert. Außerhalb des Abonnements erfolgt die Lieferung gegen Kostenerstattung.